

Thema der Woche

Maltesische Ratspräsidentschaft hat große Aufgaben zu bewältigen

In Kürze

Konsultation zu multilateraler Reform der Investitionsstreitbeilegung
Konsultation bewertet Produkthaftungs-Richtlinie

Neues aus der Kommission

Kommission schnürt Maßnahmenpaket für Dienstleistungssektor
Datenschutzregeln in der elektronischen Kommunikation werden überarbeitet
Terrorismusfinanzierung soll intensiver bekämpft werden
Neue Maßnahmen für mehr Passagierrechte bei multimodalen Reisen

Neues aus dem Europäischen Parlament

Handel sieht keinen Mehrwert in EU-Gesetzgebung gegen unfaire
Geschäftspraktiken in der Lebensmittelversorgungskette
EU-Eigenmittel: Hochrangige Expertengruppe empfiehlt umfassende Reform

Neues aus dem Gerichtshof der EU

ETS-Pflicht für Flüge EWR-Schweiz: Stop the clock-Ausnahme wird
zulässigerweise nicht angewandt

Statistik der Woche

EU bleibt Nettoinvestor in der übrigen Welt

EU-Agenda

EU-Kommission: 2196. Sitzung am 17. Jänner 2017

EU-Parlament: Ausgewählte Themen des Plenums der kommenden Woche

EuGH: Ausgewählte Fälle der kommenden Woche

EU-Kommission: Ausgewählte laufende Konsultationen

Impressum

EU-Büro der Wirtschaftskammer Österreich
Av. de Cortenberg 30
B-1040 Brüssel
Telefon: +32 2 286 58 80
Internet: wko.at/eu

Redaktion:
Franziska Annerl
E-Mail: Franziska.Annerl@eu.austria.be



Folgen Sie uns auf facebook

Wenn Sie das EU-Panorama regelmäßig zugeschickt bekommen wollen oder sich vom Verteiler streichen lassen möchten, mailen Sie bitte an:
eu@eu.austria.be

Maltesische Ratspräsidentschaft hat große Aufgaben zu bewältigen

Auf ein kleines Mitgliedsland kommen große Herausforderungen zu: Malta hat mit 1. Jänner 2017 den EU-Ratsvorsitz für das kommende Halbjahr übernommen. Als letzter Mitgliedstaat des aktuellen Dreivorsitzes nach den Niederlanden und der Slowakei könnte es für die Malteser nicht spannender sein: Donald Trump wird mit 20. Jänner als neuer US-Präsident ins Weiße Haus einziehen. Wie die transatlantischen Beziehungen unter dem neuen US-Oberhaupt aussehen werden, ist noch völlig offen. Wichtig für die Wirtschaft wird hier in den kommenden Monaten vor allem der weitere Fahrplan zum Abschluss des US-EU-Freihandelsabkommens TTIP sein. Hier liegen die Verhandlungen derzeit auf Eis. Über die vorläufige Anwendung des Freihandelsabkommens mit Kanada (CETA) soll im Februar abgestimmt werden. Die Verhandlungen für viele weitere Abkommen, unter anderem mit Japan, Indien, Mexiko und China, sollen vorangetrieben werden.

Die politische Großwetterlage in Europa selbst stellt sich auch nicht einfacher dar: Es wird erwartet, dass das Vereinigte Königreich Ende März formal den Mechanismus für seinen Austritt aus der Union in Gang setzen wird (siehe EU Top Thema: Brexit und die Folgen). In Frankreich und den Niederlanden stehen Wahlen bevor, deren Ausgänge schon mit Spannung erwartet und die direkte Auswirkungen auf die Handlungsfähigkeit der Union haben werden.

Laut Präsidenschaftsprogramm will sich Malta in den kommenden sechs Monaten vor allem auf die sechs Schlüsselbereiche Migration, Binnenmarkt, Sicherheit, soziale Inklusion, Europäische Nachbarschaftspolitik und maritimer Sektor konzentrieren. Neben den technischen Dossiers muss Malta zudem das Ziel verfolgen, das Vertrauen in die EU wiederherzustellen, den Dialog zu stärken und die Reflexion über die Zukunft der EU voranzubringen. Auch dass Europa zu sehr mit sich selbst beschäftigt ist, als sich um die konkreten Probleme zu kümmern, ist ein großer Kritikpunkt der Europaskeptiker. Praktische Lösungen für die vielen Baustellen müssen nun gefunden und umgesetzt werden: Dazu zählen z.B. eine nachhaltige, europäische Lösung der Migrationskrise und die rasche Verbesserung der Rahmenbedingungen für Europas Unternehmer und damit der Wettbewerbsfähigkeit.

Für die WKÖ werden vor allem die den EU-Binnenmarkt betreffenden Vorhaben von besonderer Relevanz sein. In diesem Bereich stehen unter anderem Geoblocking, die Verbesserung des Zugangs zu Finanzierung für KMU innerhalb der Kapitalmarktunion sowie die Überarbeitung der Energieeffizienz-Richtlinie auf der Agenda. Um den europäischen Weg erfolgreich fortzusetzen, ist es aus Sicht der österreichischen Wirtschaft entscheidend, bei der Schaffung eines digitalen Binnenmarkts positive Anreize und Rechtssicherheit für KMU zu gewährleisten. Maßnahmen auf dem Weg zu einer Energieunion müssen das Ziel der Stärkung des Wirtschafts- und Industriestandortes Europa berücksichtigen. Auch im Steuerbereich sind einige Themen am Tapet, unter anderem der Vorschlag für eine gemeinsame konsolidierte Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage (GKKB). Das Mehrwertsteuerpaket zum digitalen Handel soll vorangetrieben und auch der Vorschlag für ein befristetes generelles Reverse Charge-System (Umkehr der Mehrwertsteuer-Schuld) behandelt werden.

Ansprechpartnerin: Franziska Annerl

Inhaltsverzeichnis

Konsultation zu multilateraler Reform der Investitionsstreitbeilegung

Die Kommission hat eine **Konsultation** initiiert, um Meinungen zur EU-Politik zur Investitionsstreitbeilegung sowie Optionen für multilaterale Reformen, einschließlich der möglichen Einrichtung eines ständigen multilateralen Investitionsgerichts, zu sammeln. Bereits 2014 hatte die Kommission eine Konsultation zur Vorgehensweise der EU im Investitionsschutz und bei der Investitionsstreitbeilegung in TTIP durchgeführt. Damals wurde vermehrt rückgemeldet, dass eine Reform am besten multilateral erfolgen sollte. Die Kommission hat in ihrem **Strategiepapier** „Investitionen in der TTIP und darüber hinaus: der Reformkurs“ vom 5.10.2015 festgehalten, dass **parallel zum Reformprozess in bilateralen EU-Verhandlungen mit der Errichtung eines multilateralen Systems begonnen** werden sollte. Auch in der **Mitteilung** „Handel für alle - Hin zu einer verantwortungsbewussteren Handels- und Investitionspolitik“ setzt die Kommission das Ziel, sich um Konsens über einen eigenständigen ständigen internationalen Investitionsgerichtshof zu bemühen. Die Konsultation läuft bis 15.3.2017. Die WKÖ hat sich seit dem Vorschlag der EU zur Reform des internationalen Investitionsschutzes für die Einrichtung eines multilateralen Investitionsgerichtshofes ausgesprochen, welcher nach rechtsstaatlichen Prinzipien funktionieren soll (Transparenz, Unabhängigkeit der Richter) und das derzeitige System der Ad-hoc-Schiedsgerichtsbarkeit ablösen soll.

Konsultation bewertet Produkthaftungs-Richtlinie

Die Europäische Kommission hat eine **öffentliche Konsultation zur Bewertung der Richtlinie über die Haftung für fehlerhafte Produkte** (Produkthaftungs-Richtlinie) eingeleitet. Ziel der Befragung ist es, Feedback der Stakeholder über die Anwendung und Durchführung der Richtlinie zu sammeln. Die Kommission fragt u.a., ob und **inwieweit die Richtlinie ihren Zielen entspricht**, die Haftung ohne Verschulden des Herstellers für Schäden durch ein fehlerhaftes Produkt zu gewährleisten bzw. ob die Richtlinie für neue technologische Entwicklungen geeignet ist. Die Konsultation richtet sich an alle interessierten Parteien, insbesondere Hersteller und Versicherer, Wirtschaftsvertreter, Verbraucher sowie Behörden und Forscher und **läuft bis 26. April 2017**.

Inhaltsverzeichnis



Neues aus der Kommission

Kommission schnürt Maßnahmenpaket für Dienstleistungssektor

Die Europäische **Kommission** hat am Dienstag ihr bereits im Rahmen der Binnenmarktstrategie angekündigtes Maßnahmenpaket für die Dienstleistungswirtschaft vorgelegt. Dazu wurden von der Kommission **ein Verordnungsvorschlag und zwei Richtlinienvorschläge veröffentlicht**, die nun von Rat und Parlament im ordentlichen Gesetzgebungsverfahren weiter zu behandeln sind. Die dazugehörigen Dokumente sind aktuell leider erst teilweise in deutscher Sprache verfügbar.

Eine neue Elektronische Europäische Dienstleistungskarte (Verordnungsvorschlag zur European services e-card und Richtlinienvorschlag) soll es bestimmten Unternehmens- und Baudienstleistern erleichtern, Verwaltungsformalitäten für eine Tätigkeit im Ausland zu erfüllen. Vor dem Hintergrund, ein Höchstmaß an Transparenz zu erzielen, könnte die Initiative eine Entlastung an Aufwand und Zeit für Unternehmen mit sich bringen, sofern es sich hierbei um einen vereinfachten Informationszugang bzw. eine vereinfachte Informationsübermittlung für die Anbieter handelt. Eine abschließende Beurteilung ist jedoch erst nach genauer Prüfung der nun vorgelegten Details über die konkret geplante Ausgestaltung der Karte möglich.

Im Bereich der regulierten Berufe schlägt die Kommission eine Verhältnismäßigkeitsprüfung der nationalen Vorschriften (Richtlinienvorschlag) sowie Leitlinien für nationale Reformen bei der Reglementierung von Berufen vor. Es ist zu befürchten, dass dieser Vorschlag unverhältnismäßigen zeitlichen und finanziellen Aufwand im Verhältnis zur Zielerreichung schafft. Eine Pflicht zur Anwendung des Verhältnismäßigkeits-tests sollte jedenfalls auf die Neureglementierung eines Berufes beschränkt sein. Grundsätzlich ist das Berufszugangsrecht nationalstaatliche Angelegenheit und sollte das auch bleiben.

Nach EU-Recht sind die Mitgliedstaaten überdies verpflichtet, Änderungen der nationalen Rechtsvorschriften für Dienstleistungen nach Brüssel zu melden. Diese Meldeverfahren sollen in Zukunft einfacher und schneller ablaufen. Zu diesem Zweck hat die Kommission einen weiteren Richtlinienvorschlag veröffentlicht.

Ansprechpartnerin: Verena Martelanz

Inhaltsverzeichnis

Datenschutzregeln in der elektronischen Kommunikation werden überarbeitet

Die Kommission hat am Dienstag neue Vorschriften für den Datenschutz im Bereich der elektronischen Kommunikation (Überarbeitung der ePrivacy-Richtlinie) vorgeschlagen. Die Maßnahmen sollen die geltenden Regeln modernisieren und ihren Anwendungsbereich auf alle Anbieter im Bereich der elektronischen Kommunikation ausweiten. Unter anderem soll auch die sogenannte „Cookie-Bestimmung“, die den Nutzer mit vielen Zustimmungsanfragen konfrontiert, gestrafft werden. Leider liegt der relevante Verordnungsvorschlag noch nicht in deutscher Sprache vor.

Datenschutz ist für das Vertrauen in der digitalen Welt ein zentrales Thema. Es geht aber auch darum, gleiche Wettbewerbsbedingungen für die Erbringung gleicher oder vergleichbarer Leistungen (level playing field) zu schaffen. Das bedeutet, dass sog. OTT-Plattformen (diese übermitteln Kommunikationsinhalte über Internetzugänge, ohne dass ein Internet-Service-Provider in Kontrolle oder Verbreitung der Inhalte involviert ist) - sofern sie funktional ähnliche Dienste anbieten wie „klassische“ Anbieter von Kommunikationsdiensten - insoweit gleich zu behandeln sind wie letztere.

Dabei sind auch Erleichterungen für etablierte Anbieter im Bereich der Telekommunikationsbranche wünschenswert. Sicherzustellen ist jedenfalls, dass die vorgeschlagenen Neuregelungen nicht zu überschießenden administrativen Belastungen für Unternehmen führen. Die Kommission verfolgt das Ziel, dass die neuen Legislativvorschläge bis 25. Mai 2018 - dem Beginn der Anwendung der Datenschutz-Grundverordnung - angenommen werden. Dadurch sollen Unternehmen und Bürger ab diesem Zeitpunkt über einen vollständigen Rechtsrahmen im Bereich des Datenschutzes in Europa verfügen.

Die Kommission hat darüber hinaus eine Mitteilung über den Austausch und Schutz personenbezogener Daten in einer globalisierten Welt veröffentlicht, um den gewerblichen Datenaustausch zu erleichtern und die Zusammenarbeit in der Strafverfolgung zu verbessern. Mit der Mitteilung bestätigt die Kommission, dass

sie sich weiterhin auf bilateraler und multilateraler Ebene für die Entwicklung hoher internationaler Datenschutzstandards einsetzen wird.

Mit der ebenfalls vorgeschlagenen **Verordnung** über den **Schutz personenbezogener Daten in den Organen und Einrichtungen der EU** sollen die bestehenden Vorschriften aus dem Jahr 2001 an die neueren, strengeren Bestimmungen der Datenschutz-Grundverordnung aus dem Jahr 2016 angepasst werden. Jede Person, deren personenbezogene Daten durch die europäischen Organe und Einrichtungen verarbeitet werden, soll dadurch von höheren Schutzstandards profitieren.

Gemeinsam mit den bereits genannten Vorschlägen hat die Kommission auch eine **Mitteilung vorgelegt, um die Datenwirtschaft in Europa anzukurbeln**. Dieser Aktionsplan soll dazu beitragen, verbleibende Hindernisse innerhalb des Binnenmarkts zu beseitigen und die künftige politische Agenda zur europäischen Datenwirtschaft auszugestalten. Eine **Konsultation zur Schaffung der europäischen Datenwirtschaft wurde zeitgleich eröffnet**, läuft bis 26. April 2017 und wird in die noch in diesem Jahr geplante weitere Initiative zur europäischen Datenwirtschaft einfließen.

Ansprechpartnerin: **Verena Martelanz**

Inhaltsverzeichnis

Terrorismusfinanzierung soll intensiver bekämpft werden

Die Kommission hat eine Reihe von Legislativmaßnahmen aus dem **Aktionsplan für ein intensiveres Vorgehen gegen Terrorismusfinanzierung**, der im Februar 2016 erschienen ist, veröffentlicht: einen Vorschlag für eine Richtlinie zur strafrechtlichen Verfolgung von Geldwäsche, eine neue Verordnung über die Kontrolle von Barmitteln sowie die Verordnung über die gegenseitige Anerkennung von Entscheidungen zur Sicherstellung und Einziehung von Erträgen aus Straftaten.

Die **Richtlinie zur strafrechtlichen Verfolgung von Geldwäsche** sieht unter anderem vor, **Mindestvorschriften für die Definition von Straftatbeständen und Sanktionen** im Zusammenhang mit Geldwäsche festzulegen sowie Hindernisse bei der grenzübergreifenden justiziellen und polizeilichen Zusammenarbeit zu beseitigen. Bei der Ein- und Ausreise von Menschen in die bzw. aus der EU ist eine Verschärfung der **Kontrolle von Barmitteln** angedacht. Zusätzlich sollen **Zollkontrollen** auf in Postpaketen oder Frachtsendungen versandtes Bargeld sowie auf Wertsachen und Prepaid-Zahlungskarten ausgedehnt werden.

Mit der Verordnung über die gegenseitige Anerkennung von Entscheidungen zur Sicherstellung und Einziehung von Erträgen aus Straftaten soll nur mehr ein Rechtsrahmen für die gesamte EU gelten. Die grenzüberschreitende Anerkennung wird ausgeweitet und **Sicherstellungs- oder Einziehungsentscheidungen beschleunigt und effizienter** gestaltet.

Die Vorschläge werden dem Europäischen Parlament und dem Rat zur weiteren Behandlung übermittelt.

Ansprechpartnerin: **Sophie Windisch**

Inhaltsverzeichnis

Neue Maßnahmen für mehr Passagierrechte bei multimodalen Reisen

In ihrem jüngst veröffentlichten „inception impact assessment“ legt die Kommission dar, dass es zwar für die einzelnen Verkehrsträger Normen zur Sicherstellung von **Passagierrechten** gibt. Deren **Effektivität** kann aber **im Falle von multimodalen Reisen**, bei denen unterschiedliche Verkehrsträger kombiniert werden, nicht gewährleistet werden. Konkrete Zahlen, wie häufig bei verkehrsträgerübergreifenden Reisen Passagierrechte nicht ausreichend sichergestellt sind, sind nicht vorhanden. Aus diesem Grund wird die Kommission in einer **Folgenabschätzung das Ausmaß des Problems beurteilen**.

Basierend auf dieser Folgenabschätzung wird die Kommission gegen **Ende des Jahres 2017 entscheiden, ob ein Einschreiten auf europäischer Ebene notwendig ist** bzw. in welcher Form. Die geprüften Optionen reichen von Verhaltenskodizes, zu deren Einhaltung sich Unternehmen freiwillig verpflichten, über unverbindliche Empfehlungen und Leitlinien bis zu verbindlichen, einschlägigen Normen. Zur Sammlung von relevanten Informationen wird **in den kommenden Monaten eine öffentliche Konsultation** eröffnet.

Sollte die Kommission ein Handeln auf europäischer Ebene für notwendig erachten, ist jedenfalls dafür Sorge zu tragen, dass bei der konkreten Ausgestaltung der Passagierrechte das Maß der Verhältnismäßigkeit sowie deren wirtschaftliche Zumutbarkeit berücksichtigt werden.

Ansprechpartner: Franz Brudl

Inhaltsverzeichnis



Handel sieht keinen Mehrwert in EU-Gesetzgebung gegen unfaire Geschäftspraktiken in der Lebensmittelversorgungskette

Am 9. Januar fand im Landwirtschaftsausschuss eine Anhörung der Europäischen Kommission und der Expertengruppe „Taskforce Agrarmärkte“ statt. Dabei stellte Landwirtschaftskommissar Phil Hogan den im November 2016 präsentierten Bericht der Taskforce dem Europäischen Parlament vor. Die Taskforce hat in den letzten Monaten **Empfehlungen zu insgesamt sieben Bereichen, in denen die Stellung der Landwirte in der Lebensmittelversorgungskette gestärkt werden kann, erarbeitet**. Konkret empfiehlt die Expertengruppe, die Markttransparenz durch die Einführung verbindlicher Preisberichterstattung bzw. der Bereitstellung aktueller Daten - insbesondere zu Fleisch, Obst/Gemüse oder Milchprodukten - zu verbessern. Als wichtigen Punkt hebt der Bericht das Erfordernis von Maßnahmen gegen unfaire Handelspraktiken hervor. Freiwillige Maßnahmen wären zwar hilfreich, könnten einen Durchsetzungsmechanismus jedoch nicht ersetzen. Das Fazit, das in der Anhörung auch bei den Europaparlamentariern Anklang findet, heißt **Europäische Rahmengesetzgebung**. Zusätzlich empfehlen die Experten der Taskforce, Klarheit im Wettbewerbsrecht zu schaffen, um eine Stärkung der Zusammenarbeit der Landwirte und staatlich anerkannten Erzeugern zu erlauben.

Obwohl die Europäische Kommission in einem Bericht von Anfang 2016 noch der Auffassung war, es bedürfe keinerlei neuer Gesetzgebung zur Bekämpfung unfairer Handelspraktiken auf EU-Ebene, hat sich Landwirtschaftskommissar Hogan offen gegenüber den Empfehlungen der Taskforce als auch den Forderungen der Parlamentarier gezeigt. Auch die WKÖ ist für die Bekämpfung unfairer Geschäftspraktiken und unterstützt

daher beispielsweise die Initiative zur Lebensmittelversorgungskette (**Supply Chain Initiative**), mit der eine Plattform für freiwillige Vereinbarungen und damit Kooperation der beteiligten Akteure geschaffen wurde.

Darüber hinaus wird in Österreichs Supermärkten großer Wert auf **regionale Produkte** gelegt. Dies zeigt sich an zahlreichen Beispielen sowohl in großen Supermarktketten als auch im kleinen Nahversorger. **Ohne eine funktionierende Zusammenarbeit von Landwirtschaft und Handel wäre die Bereitstellung qualitativ hochwertiger, regionaler Produkte nicht möglich.** Für die Wirtschaftskammer Österreich ist es daher ein Anliegen, diese Kooperation weiter zu verbessern und auszubauen. Das gilt sowohl für die nationale als auch europäische Ebene. Zu diesem Zeitpunkt wird jedoch kein Erfordernis neuer EU-weiter Gesetzgebungsinitiativen gesehen, zumal diese einerseits auch für die österreichische Wirtschaft mit weiterem bürokratischem Aufwand verbunden wären und es andererseits ein funktionierendes Wettbewerbsrecht gibt.

Ansprechpartner: **Barbara Dallinger**

Inhaltsverzeichnis

EU-Eigenmittel: Hochrangige Expertengruppe empfiehlt umfassende Reform

Im Rahmen einer **Sondersitzung des Budgetausschusses** des Europäischen Parlaments stellte die im Februar 2014 eingerichtete **Hochrangige Gruppe „Eigenmittel“** unter dem Vorsitz des früheren italienischen Premierministers und ehemaligen EU-Kommissars Mario Monti am Donnerstag **erstmalig die Ergebnisse ihres Abschlussberichts vor.** Angedacht wird eine **umfassende Reform des bestehenden Eigenmittelsystems.** Ein solches soll zukünftig auf einer **Kombination von verschiedenen neuen Einnahmequellen** mit Anknüpfungspunkten aus den Bereichen Binnenmarkt, Steuer- sowie Umwelt und Klimapolitik basieren. Insbesondere vor dem Hintergrund eines künftigen Austritt Großbritanniens aus der EU sowie dem damit verbundenen Wegfall des auf dem Britenrabatt bestehenden komplexen Rabattsystems sei eine solche Reform notwendig. (Zu Redaktionsschluss war der Abschlussbericht noch nicht veröffentlicht).

Die **Wirtschaftskammer Österreich** wird den **Bericht sowie die weitere Diskussion über eine Reform des Eigenmittelsystems genau verfolgen.** Aus Sicht der WKO ist das bisherige EU-Finanzierungssystem komplex und intransparent. Das **EU-Finanzierungssystem muss auf den Prinzipien der Wirtschaftlichkeit, Zweckmäßigkeit und Sparsamkeit sowie auf dem Ausgabendeckungsprinzip beruhen.** **Beiträge der Mitgliedstaaten müssen ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit entsprechen.** Durch die Finanztransaktionssteuer als eine neue Einnahmequelle für das EU-Budget wären die nationalen Haushalte entlastet, diese müsste sich jedoch auf spekulative Geschäfte konzentrieren. Aus WKÖ-Sicht ist entscheidend, dass eine **Einführung von neuen Eigenmittelquellen zu keiner Mehrbelastung der Unternehmen führt.**

Ansprechpartner: **Martin Schmid**

Inhaltsverzeichnis



Neues aus dem Gerichtshof der EU

ETS-Pflicht für Flüge EWR-Schweiz: Stop the clock-Ausnahme wird zulässigerweise nicht angewandt

Mit der Richtlinie 2003/87/EG wird ein System für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten in der EU geschaffen. Dem Emissionshandel unterliegen gemäß Artikel 12 Absatz 2a dieser Richtlinie **auch Luftfahrtunternehmen**. Im Rahmen der Internationalen Zivilluftfahrtsorganisation (ICAO) wird an einem **weltweiten Treibhausgasreduktionsregime** für die Luftfahrt gearbeitet. Um die im Rahmen dieser Verhandlungen erzielten **Fortschritte** zu erleichtern, wurde der Beschluss Nr. 377/2013 gefasst. Nach diesem Beschluss werden keine Sanktionen gegen Luftfahrtunternehmen verhängt, wenn diese für Luftverkehrstätigkeiten nach und von Flughäfen in Drittstaaten keine Emissionszertifikate abgeben. **Für Flüge mit Ziel- oder Startflughafen in der Schweiz besteht diese Ausnahme von der Pflicht zur Abgabe von Emissionszertifikaten jedoch nicht.**

Die Swiss International erkannte darin einen **Verstoß gegen den allgemeinen Grundsatz der Gleichbehandlung**, der nicht zu rechtfertigen wäre, weshalb sie vor dem High Court of Justice (England) Klage erhob.

Die Richter des im Weges des Vorabentscheidungsverfahrens angerufenen EuGH stellten in ihrem Urteil in der Rechtssache C-272/15 klar, dass der Beschluss Nr. 377/2013 eine Maßnahme sei, welche die Union im Rahmen ihrer Zuständigkeit im Bereich der Außenbeziehungen erlassen hat. Ziel dieser Maßnahme sei es, den Abschluss eines völkerrechtlichen Vertrages zur Reduktion von Emissionen der internationalen Luftfahrt im Rahmen der ICAO zu erleichtern.

Die Gestaltung der auswärtigen Beziehungen impliziere - so die Richter - **zwangsläufig Entscheidungen politischer Natur**. Die Union müsse weiters in der Lage sein, ihre politischen Entscheidungen zu treffen und nach Maßgabe der von ihr verfolgten Ziele eine Differenzierung zwischen Drittländern vorzunehmen, ohne gehalten zu sein, alle diese Länder gleich zu behandeln.

Daraus folgt nach Auffassung des EuGH, dass die in Beschluss Nr. 377/2013 festgelegte unterschiedliche Behandlung von Drittländern nicht unter den Grundsatz der Gleichbehandlung falle. Die Frage, ob die von Swissair bemängelte unterschiedliche Behandlung objektiv gerechtfertigt werden kann, müsse somit nicht geprüft werden. Die Richter erkennen folglich **im Hinblick auf den Grundsatz der Gleichbehandlung nichts, was die Gültigkeit des genannten Beschlusses berühren könnte.**

Ansprechpartner: Franz Brudl

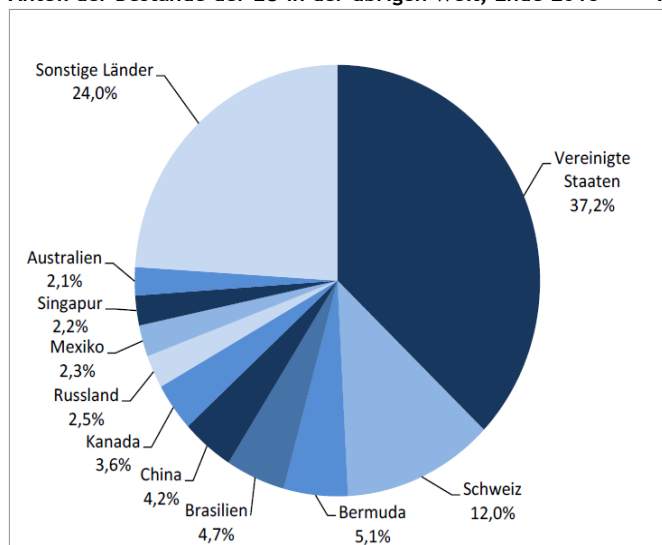
Inhaltsverzeichnis

EU bleibt Nettoinvestor in der übrigen Welt

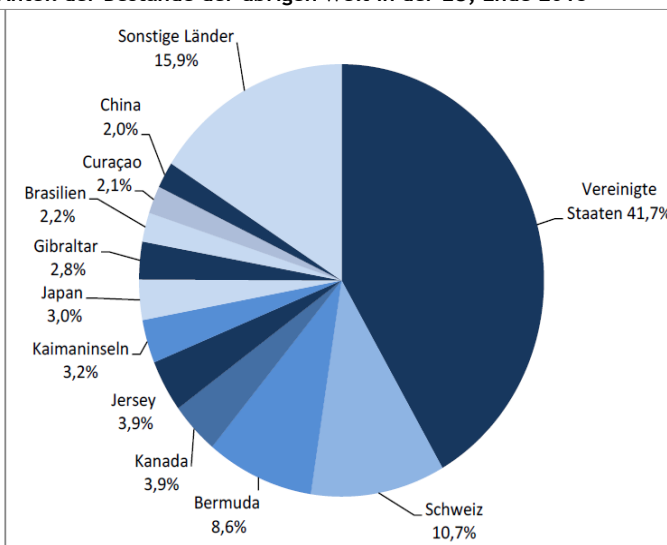
Ende 2015 beliefen sich die Bestände an Direktinvestitionen (DI) der Europäischen Union in der übrigen Welt laut **Eurostat** auf 6.894 Milliarden Euro, was einem Anstieg um 14,9 Prozent gegenüber Ende 2014 entspricht. Die Bestände der übrigen Welt in der EU stiegen noch stärker an und beliefen sich Ende 2015 auf 5.842 Milliarden Euro (+22,8 Prozent). Die EU blieb jedoch gegenüber der übrigen Welt mit einem **positiven Saldo von knapp über 1.000 Milliarden Euro ein Nettoinvestor**.

Die Märkte der EU und der Vereinigten Staaten sind weiterhin eng miteinander verknüpft: In den Vereinigten Staaten befanden sich Ende 2015 37,2 Prozent aller DI-Bestände der EU in der übrigen Welt (2.561 Milliarden Euro), weit vor der Schweiz (829 Milliarden bzw. 12 Prozent), Bermuda (353 Milliarden bzw. 5,1 Prozent) und Brasilien (327 Milliarden bzw. 4,7 Prozent). Betrachtet man die von der übrigen Welt in der EU gehaltenen Investitionen, so **stiegen die Direktinvestitionen aus den Vereinigten Staaten in der EU auf 2.436 Milliarden Euro (bzw. 41,7 Prozent aller DI-Bestände)**. Darauf folgten die Investitionen aus der Schweiz (627 Milliarden Euro bzw. 10,7 Prozent), den Offshore- Finanzzentren Bermuda (503 Milliarden bzw. 8,6 Prozent) und Jersey (227 Milliarden bzw. 3,9 Prozent) sowie aus Kanada (228 Milliarden bzw. 3,9 Prozent).

Anteil der Bestände der EU in der übrigen Welt, Ende 2015



Anteil der Bestände der übrigen Welt in der EU, Ende 2015



Ansprechpartnerin: **Verena Martelanz**

Inhaltsverzeichnis

Sitzung der Europäischen Kommission

Voraussichtliche Themen der 2196. Sitzung am 17. Jänner 2017:

Tagesordnung stand bei Redaktionsschluss noch nicht fest.

Inhaltsverzeichnis

Themen des Plenums des Europäischen Parlaments

17. Jänner

Wahl des Präsidenten/ der Präsidentin des Parlaments

Wahl der Vizepräsidenten des Parlaments

18. Jänner

Wahl der Quästoren des Parlaments

Mitgliederzahl der ständigen Ausschüsse

Vorstellung des Programms des maltesischen Ratsvorsitzes

Kurze Darstellung des folgenden Berichts: Logistik in der EU und multimodaler Verkehr in den neuen TEN-V-Korridoren

19. Jänner

Eine europäische Säule sozialer Rechte

Biologische Pestizide mit geringem Risiko - Anfrage zur mündlichen Beantwortung

Inhaltsverzeichnis

Ausgewählte Fälle des Europäischen Gerichtshofes

Ausgewählte Fälle der kommenden Woche:

18. Jänner

Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C 623/15 P Toshiba / Kommission

Kathodenstrahlröhren-Kartell

Am 5. Dezember 2012 verhängte die Kommission Geldbußen in Höhe von insgesamt ca. 1,47 Milliarden Euro gegen Samsung, Philips, LG Electronics, Panasonic, Toshiba

und Technicolor wegen Beteiligung an einem oder an zwei separaten Kartellen auf dem Markt für Kathodenstrahlröhren zwischen 1996/1997 und 2006. Mit Urteilen vom 9. September 2015 erklärte das Gericht die Kommissionsentscheidung insoweit für nichtig, als die Kommission gegen Toshiba wegen ihrer unmittelbaren Beteiligung an dem Kartell eine Geldbuße von über 28 Millionen Euro verhängt hatte. Außerdem setzte das Gericht die gegen Toshiba, Panasonic und ihr damaliges gemeinsames Tochterunternehmen MT Picture Display gesamtschuldnerisch verhängte Geldbuße von 86,7 Millionen Euro auf 82,8 Millionen Euro herab (siehe Pressemitteilung [Nr. 97/15](#)). Toshiba hat gegen das sie betreffende Urteil des Gerichts ein Rechtsmittel beim Gerichtshof eingelegt. Darin beantragt Toshiba, das Urteil des Gerichts insoweit aufzuheben, als es die Feststellung der Kommission bestätige, dass Toshiba gesamtschuldnerisch für das Verhalten der MT Picture Display hafte. Außerdem beantragt Toshiba, die Kommissionsentscheidung insoweit für nichtig zu erklären, als darin eine Zuwiderhandlung von Toshiba gegen das EU-Kartellrecht und ihre gesamtschuldnerische Haftung für das Verhalten von MT Picture Display festgestellt werde. Der Gerichtshof erlässt heute sein Urteil über dieses Rechtsmittel. Ohne Schlussanträge.

[Weitere Informationen](#)

Inhaltsverzeichnis

Ausgewählte laufende Konsultationen

Besteuerung

[Konsultation zur Reform der Mehrwertsteuersätze \(Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Änderung der Richtlinie 2006/112/EG über das gemeinsame Mehrwertsteuersystem in Bezug auf die Regeln für die Anwendung der Mehrwertsteuersätze\)](#)
20.12.2016 - 20.03.2017

[Öffentliche Konsultation zur Sonderregelung für Kleinunternehmen gemäß der MwSt-Richtlinie](#)
20.12.2016 - 20.03.2017

[Öffentliche Konsultation über das endgültige Mehrwertsteuersystem für den grenzüberschreitenden EU-Handel \(B2B-Lieferungen von Gegenständen\)](#)
20.12.2016 - 20.03.2017

[Öffentliche Konsultation zum Funktionieren der gegenseitigen Amtshilfe zwischen den Mitgliedstaaten bei der Beitreibung von Steuern](#)
30.11.2016 - 08.03.2017

[Öffentliche Konsultation - Verbrauchsteuern auf Tabakwaren](#)
17.11.2016 - 16.02.2017

[Maßnahmen gegenüber Finanzberatern und -intermediären zur Eindämmung potenziell aggressiver Steuerplanungsstrategien](#)
10.11.2016 - 16.02.2017

Binnenmarkt

Öffentliche Konsultation zur Halbzeitbewertung der Fazilität „Connecting Europe“
28.11.2016 - 27.02.2017

Öffentliche Konsultation zur Bewertung der REACH-Verordnung im Rahmen von REFIT
28.10.2016 - 28.01.2017

Forschung und Technologie

Öffentliche Konsultation der Interessenträger - Zwischenbewertung der im Rahmen von Horizont 2020 gegründeten gemeinsamen Unternehmen
08.12.2016 - 10.03.2017

Öffentliche Konsultation der Interessenträger - Zwischenbewertung von Horizont 2020
20.10.2016 - 15.01.2017

Öffentliche Konsultation der Betroffenen über das Euratom- Forschungs- und Ausbildungsprogramm
20.10.2016 - 15.01.2017

Handel

Öffentliche Konsultation zu einer multilateralen Reform der Beilegung von Investitionsstreitigkeiten
21.12.2016 - 15.03.2017

Öffentliche Konsultation zu den politischen Optionen für die Festlegung von Mindestanforderungen an die Qualität von wiederverwendetem Wasser in der Europäischen Union
28.10.2016 - 27.01.2017

Innere Angelegenheiten

Halbzeitbewertung des Programms „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ 2014-2020
09.01.2017 - 10.04.2017

Klimaschutz

Öffentliche Konsultation zur Bewertung der Richtlinie 75/324/EWG über Aerosolpackungen
30.09.2016 - 15.01.2017

Kommunikationsnetze, Inhalte und Technologien, Informationsgesellschaft

Öffentliche Konsultation zum Thema „Aufbau einer europäischen Datenwirtschaft“
10.01.2017 - 26.04.2017

Inhaltsverzeichnis

Öffentliche Gesundheit

Halbzeitbewertung der Verordnung (EU) Nr. 652/2014 über Ausgaben im Bereich Lebens- und Futtermittel
16.12.2016 - 17.03.2017

Öffentliche Konsultation zur Stärkung der EU-weiten Zusammenarbeit bei der Bewertung von Gesundheitstechnologie
21.10.2016 - 13.01.2017

Unternehmen

Öffentliche Konsultation zu Regelungen über die Haftung des Herstellers für Schäden, die durch ein fehlerhaftes Produkt verursacht wurden
10.01.2017 - 26.04.2017

Öffentliche Konsultation: Intelligente Spezialisierung: ein neuer Ansatz für das europäische Wachstum und Beschäftigung durch regionale Innovationsstrategien
21.12.2016 - 24.03.2017

Verkehr

Überarbeitung der Richtlinie zur Förderung sauberer Fahrzeuge
19.12.2016 - 24.03.2017

Überarbeitung der Verordnung (EG) Nr. 1073/2009 über gemeinsame Regeln für den Zugang zum grenzüberschreitenden Personenkraftverkehrsmarkt
14.12.2016 - 22.03.2017

Wettbewerb

Konsultation zum Verhaltenskodex für die Durchführung von Beihilfeverfahren
25.11.2016 - 25.02.2017

Bewertung von Verfahrens- und Zuständigkeitsaspekten der EU-Fusionskontrolle
07.10.2016 - 13.01.2017

Zoll

Öffentliche Konsultation über Regeln für die Einfuhr von Kulturgütern
28.10.2016 - 23.01.2017

Inhaltsverzeichnis